

V e r h a n d l u n g s p r o t o k o l l  
der 39. Sitzung des Bundesrates vom 8. Juni 1954

Vorsitz: Hr. Bundespräsident Rubattel  
Abwesend: Hr. Escher (krank)  
Schriftführer: HH. Oser und Weber  
Protokolle: Keine  
Beginn: 9 Uhr ; Schluss: 11 Uhr 45

Mitteilungen des Chefs des EPD

Besuch Tschu en Lai's

Tschu en Lai will dem Bundesrat einen Höflichkeitsbesuch abstaten in gleicher Weise wie Herr Molotow. Es soll dasselbe Programm durchgeführt werden. Der Bundesrat wird vertreten sein durch die Herren Rubattel, Petitpierre und Kobelt. Die Angelegenheit ist diskret zu behandeln wie das letzte Mal.

Evt. Teilnahme der Schweiz an einer neutralen Kommission für Indochina

Hr. Petitpierre geht aus von einer Beurteilung der heutigen Grundlagen unserer Neutralität im Vergleich zu der Zeit vor dem letzten Weltkrieg und stellt fest, dass von den zwei Pfeilern: "Wille des Schweizervolkes, neutral zu sein" und "Bedeutung der Schweiz für das europäische Gleichgewicht" nur noch der erste stehen geblieben ist. Im letzten Krieg gestattete uns zudem die Neutralität, beiden Parteien humanitäre Dienste zu leisten. Heute ist es dem Roten Kreuz nur noch möglich, im Gebiete der sog. freien Welt seine humanitäre Mission zu erfüllen. Unsere Neutralität erlaubt uns aber noch beiden Parteien Dienste zu leisten im Sinne derjenigen, die wir in Korea geleistet haben. Weigern wir uns, solche Dienste zu leisten, so riskieren wir, dass beide Parteien uns das so auslegen, wie wenn wir uns drücken wollten. Deshalb ist Herr Petitpierre überzeugt, dass das Mitmachen in Korea unsere Neutralitätsstellung verstärkt hat.





Zur Frage, wie wir uns zu verhalten haben, wenn nun mit bezug auf Indochina wieder die Frage an uns gestellt würde, ob wir in einer neutralen Kontrollinstanz mitmachen wollen, muss ein Unterschied gemacht werden, ob die Mission, die man uns zumuten will, militärischer oder ziviler Natur ist. Bei einem Kontrollmandat über die militärische Seite eines Waffenstillstandes hätten wir auf Grund der Erfahrungen mit Korea Gründe, abzulehnen, obwohl festzustellen ist, dass die Existenz der Waffenstillstandskommission immerhin den Nutzen gehabt hat, die Kriegshandlungen blockieren zu helfen. Wir könnten uns aber darauf berufen, dass wir keine andere Möglichkeit zur Aufstellung einer solchen Kommission haben, als den Appell an die Freiwilligkeit und dass wir damit heute schon die grössten Schwierigkeiten haben, vor allem wenn man geeignete Militärpersonen suchen müsste. Die für Indochina benötigte Zahl soll nach den Aeusserungen des Vertreters der USA in die Zehntausende gehen.

Es fragt sich nun, wie diese Auffassung heute schon bekannt gemacht werden kann.

Es bestehen folgende Möglichkeiten:

1. Gespräche informeller Natur mit gewissen Diplomaten,
2. Eine Erklärung gegenüber der Oeffentlichkeit,
3. Diplomatische Demarche bei den interessierten Regierungen der in Genf vertretenen Staaten.

Können wir sagen, dass wir eine militärische Mission nicht annehmen würden, dass wir aber bereit seien, ein eventuelles Gesuch zur Uebernahme einer zivilen Mission zu prüfen?

Weil wir aber gar nicht wissen, ob man uns überhaupt anfragen wird, scheint ~~mir~~ eine diplomatische Demarche verfrüht.

Evt. könnte der Vorsteher des EPD in einer Unterredung mit dem französischen Botschafter durchblicken lassen, welches die eventuelle Stellung der Schweiz sein würde.

In der Diskussion wird auch erwogen, ob man nicht eventuell nur geltend machen sollte, dass man gewisse Bedenken habe wegen der Erfahrungen in Korea und dass man nur zustimmen könne, wenn Garantien geboten werden für das richtige Funktionieren der übertragene Kontrollmission. Dabei komme es auf die Zusammensetzung der Kommission und ihre Kompetenzen an. Es wird auch bemerkt, dass wir dem Frieden nicht dienen können, wenn wir eine undurchführbare Aufgabe übernehmen und dass deshalb die Hauptsache die sei, Klarheit zu schaffen, dass die Schweiz sich die Freiheit vorbehalte, ja oder nein zu sagen.

Das Schlussergebnis ist, dass man die Kontaktnahme mit den französischen Botschaften begrüsst, wenn dabei unser Standpunkt nicht präjudiziert wird und die volle Entscheidungsfreiheit gewahrt wird. ~~Der Vorsteher des EPD behält sich eventuell vor, über die Mission in Korea ein Weisbuch herauszugeben.~~



## Schriftliche Anträge

### Justiz- und Polizeidepartement

#### Beschwerde Instruktionsoffizier Perrin wegen Entlassung

Der Hr. Bundespräsident orientiert den Vorsteher des EMD, dass man den Entscheid verschoben habe, weil man einen gewissen Widerspruch gesehen habe zwischen der Qualifikation und dem Entscheid. Man fand, dass gewisse Fragen wie diejenige des Tenues vielleicht etwas überwertet worden sind. Das Dossier geht an das EMD zurück zur Vorbereitung der Stellungnahme zu diesen Bedenken in der nächsten Sitzung.

#### Aufhebung der Ausweisung Bock Wilhelm

Da Hr. Streuli Bedenken gegen die Aufhebung der Ausweisung und vor allem gegen die vorläufige Massnahme hat, wird beschlossen, das Dossier bei den Mitgliedern des Bundesrates in Zirkulation zu setzen.

#### Kleine Anfrage Arni vom 18. März 1954

Hr. Streuli möchte, um zu vermeiden, dass der Zürcher Regierungsrat in ein schiefes Licht kommt, sagen: "Im übrigen sorgt der Regierungsrat des Kantons Zürich dafür, dass sich ähnliche Unfälle nicht wiederholen". Um keine Diskussion über die Lehrfreiheit zu provozieren, soll statt vom "Regierungsrat des Kantons Zürich" etwas unbestimmter von der "zuständigen Behörde" gesprochen werden.

#### Kleine Anfrage Muret vom 23. März 1954

Das Geschäft geht an das JuP zurück, um eine Formulierung zu finden, die besser Rücksicht nimmt auf eventuelle Empfindlichkeiten bei der Universität Lausanne.

### Umfrage

#### Hr. E t t e r

#### Fernsehversuche in der welschen Schweiz

Hr. Etter macht Herrn Petitpierre aufmerksam auf die Pressemitteilung betreffend Betrügereien im Fernsehversuchsbetrieb in Zürich.

#### Landesmuseumkommission

Der Rat teilt die Auffassung von Hrn. Etter, dass man als Präsidenten der Kommission besser im gegenwärtigen Zeitpunkt Herrn Briner bestimmt und sich nächstes Jahr dann entscheidet, ob man Herrn Landolt oder Herrn Müller wählen wolle.

#### Motion Grütter und Kämpfen

Man sollte die Motion Senarclens, die den andern Anträgen den Wind



etwas aus den Segeln nehmen könnte, zuerst behandeln. Hr. Feldmann teilt diese Auffassung, die unbestritten bleibt.

#### Postulat der nationalrätlichen Geschäftsprüfungskommission

Man kann das Postulat entgegennehmen in dem Sinne, dass der Bundesrat zuerst den Bericht des Chefs der Zentralstelle für Organisationsfragen abwarten will, um dann auf die Angelegenheit zurückzukommen.

Hr. K o b e l t

#### Bewachung in Genf

Es wird beschlossen, dass das EPD sofort Kontakt mit der Genfer Polizei aufnimmt, um zu sehen, ob nicht die Zahl der benötigten Wehrmänner weiter reduziert werden kann durch die Heranziehung von Polizisten anderer Kantone. Bei einem negativen Ergebnis dieser Anfrage soll das EMD ermächtigt werden, einen Teil des Regiments 9 aufzubieten auf den Zeitpunkt der Entlassung des Rgt. 35.

Hr. P e t i t p i e r r e

#### Ehrung von Herrn Minister Burckhardt

Hr. Minister Burckhardt soll ermächtigt werden, die ihm vom Präsidenten der Deutschen Bundesrepublik in Aussicht gestellte Auszeichnung entgegenzunehmen. Es handelt sich nicht um eine unter das Ordensverbot fallende Ehrung, sondern um eine Auszeichnung, die der Verleihung eines akademischen Titels gleichzusetzen ist.

#### Ministerwechsel

Die Mitglieder des Bundesrates werden Kopien der zu den Plänen des EPD geäußerten Wünsche verschiedener Minister erhalten, die mit dem vorgesehenen Posten nicht einverstanden sind.

Hr. F e l d m a n n

#### Auslandsschweizerhilfe

Die Nationalräte Bringolf und Grütter haben eine Audienz verlangt und werden bei dieser Gelegenheit das Begehren stellen, dass die EZAF direkt dem Vorsteher des JuP unterstellt werde und nicht Herrn Dr. Rothmund. Wenn der Vollzug des Gesetzes in den Händen von Dr. Rothmund bleibe, ist damit zu rechnen, dass die Sozialdemokratische Partei Stimmfreigabe statt Unterstützung der Vorlage beschliessen werde, womit diese gefährdet sei. Nun gehöre aber eigentlich das Problem der Hilfe an die Auslandsschweizer in den Aufgabenbereich des EPD. Der Bundesrat wird daher ersucht, Herrn Feldmann zu ermächtigen, den beiden Herren zu antworten, dass die EZAF ohnedies dem EPD unterstellt werden soll. Hr. Petitpierre ist damit einverstanden, doch bittet er um die weitere Mitarbeit des JuP. Hr. Streuli macht den Vorbehalt, dass man nicht den Eindruck erwecken dürfe, man habe dem Druck der Sozialdemokraten nachgegeben. Hr. Feldmann sichert zu, dass er die Antwort so erteilen werde, dass dies nicht der Fall sein werde.



## Präsidialvorbringen

### Ferienliste

Die Bundeskanzlei soll die Ferienliste bei den Mitgliedern des Rates in Zirkulation setzen.

### Geschenk der Webschule Wattwil

Der Hr. Bundespräsident berichtet über den Empfang der Delegation der Webschule im von Wattenwylhaus und von der schönen Tischwäsche, die ihm zusammen mit einer Urkunde überreicht wurde als Dank für die Subventionierung durch den Bund. Die Bundeskanzlei wird beauftragt, ein Dankschreiben vorzubereiten.

### Einladung Columbien

Hr. Vizekanzler Weber wird den Bundesrat vertreten.

## Protokoll der letzten Sitzung

Das Verhandlungsprotokoll der 38. Sitzung vom 4. Juni 1954 wird mit zwei redaktionellen Aenderungen genehmigt.

\* \* \*